

N i e d e r s c h r i f t

über die 10. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom
25.02.2016
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789
Monheim am Rhein
Beginn: 17:07 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Frau Julia Häusler

Herr Dr. Florian Klein

Frau Vanessa Klein

Vertretung für Herrn Lucas Risse

Vertretung für Herrn Torsten Kinzel

Vertretung für Herrn Holger Radenbach
ab 18:15 Uhr

Frau Janne Koch

Herr Tim Kögler

Herr Michael Lück

Frau Lisa Pientak

Herr Holger Radenbach

Herr Benedikt Reich

Frau Laura Töpfer

bis 18:15 Uhr

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Alexander Schumacher

Vertretung für Herrn Werner Goller
ab 17:58 Uhr

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

von der Verwaltung

Frau Sonja Baumhauer

Frau Estelle Dageroth

Frau Simone Feldmann

Herr Martin Frömmer

Herr Peter Heimann
Herr Manfred Hein
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Georg Mittmann
Frau Sabine Noll
Frau Christiane Schärfke
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

es fehlen entschuldigt

Herr Werner Goller
Herr Torsten Kinzel
Frau Badi Özgültekin
Herr Lucas Risse

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
 - 2.1. vom 10.09.2015
 - 2.2. vom 02.12.2015
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.12.2015 IX/0674
5. Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt 2015 IX/0645/1
6. Zukunft der Zweigstelle des Bürgerbüros IX/0655
7. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Feuerwehr der Stadt Monheim am Rhein (Feuerwehrsatzung) und Einführung einer Rente für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Monheim am Rhein IX/0612/1
8. Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln für den Erwerb von Einrichtungsgegenständen (Wohncontainer-Anlage Bregenzer Straße 12) IX/0680

- | | | |
|-----|--|-----------|
| 9. | Durchführung von Einstiegskursen für Asylbewerber ohne Aufenthaltsgestattung bzw. Aufenthaltstitel in der VHS Monheim am Rhein | IX/0635 |
| 10. | Peter-Ustinov-Gesamtschule; hier: Außensportanlage. Bereitstellung überplanmäßiger Mittel zum Bau erforderlicher PKW-Stellplätze | IX/0648 |
| 11. | Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2016/2017 und Ausbauplanung | IX/0666 |
| 12. | Trägerschaft Kita an der Kurt-Schumacher-Straße | IX/0658 |
| 13. | Neubau einer Lichtsignalanlage am Knotenpunkt Berghäuser Str. / Wiener Neustädter Str. - Baubeschluss - | IX/0622 |
| 14. | Umgestaltung des Altstadtplatzes "Alter Markt" - Baubeschluss - | IX/0659 |
| 15. | Schulzentrum Berliner Ring - Maßnahmen aus der Schulentwicklungsplanung
- Planungsbeschluss - | IX/0646/1 |
| 16. | Räumliche Unterbringung des Städtischen Betriebshofes
- Baubeschluss - | IX/0637 |
| 17. | ..Ausbau des Städtischen Bürgerservice - "Rathaus kompakt"
- Baubeschluss - | IX/0644 |
| 18. | Mündliche Mitteilungen | |
| 19. | Mündliche Anfragen | |

SITZUNGSERGEBNIS:

Öffentliche Sitzung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -**

- 2.1 vom 10.09.2015**

Protokoll:

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

2.2 vom 02.12.2015

Protokoll:

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen. Der Bürgermeister wird die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner um 18:00 Uhr erneut aufrufen.

4 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.12.2015

Vorlage: IX/0674

Protokoll:

Der Ausführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

5 Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt 2015

Vorlage: IX/0645/1

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt 2015 zur Kenntnis.

6 Zukunft der Zweigstelle des Bürgerbüros

Vorlage: IX/0655

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, die Zweigstelle des Bürgerbüros in Baumberg zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu schließen.

einstimmig zugestimmt

7 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Feuerwehr der Stadt Monheim am Rhein (Feuerwehrsatzung) und Einführung einer Rente für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Monheim am Rhein

Vorlage: IX/0612/1

Protokoll:

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die aktualisierte Vorlage, die den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses zur Verfügung gestellt wurde, die bereits mündlich im Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung beschlossenen Änderungen enthalte.

Beschlussempfehlung

1. Die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Feuerwehr der Stadt Monheim am Rhein (Feuerwehrsatzung) wird in Form der als Anlage 2 dieser Vorlage beigefügten Fassung beschlossen. Diesbezüglich stimmt der Rat der Stadt Monheim am Rhein der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 42.000 € bei Produkt 02.15.00 zu.
2. Der Rat beschließt die Einführung einer privaten Altersvorsorge in Form einer Feuerwehrrente für ehrenamtliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Monheim am Rhein. Der Sperrvermerk für die in Höhe von 30.000 EUR bereitgestellten Mittel wird aufgehoben und die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Versicherungsleistung gemäß dem als Anlage 3 beigefügten Richtlinienentwurf auszuschreiben und zu vergeben.
3. Die Veranschlagung weiterer Tranchen in Höhe von jährlich 30.000 EUR (zzgl. möglicher Anpassungen) in künftigen Haushaltsjahren erfolgt unter dem Vorbehalt der jeweiligen Etatberatungen. Vertragsrechtlich ist sicherzustellen, dass die städtischen Fördermittel zur Gewährung einer Feuerwehrrente jederzeit gekürzt werden können oder aber der Versicherungsvertrag insgesamt beitragsfrei, d.h. ruhend gestellt werden kann.

einstimmig zugestimmt

**8 Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln für den Erwerb von Einrichtungsgegenständen (Wohncontainer-Anlage Bregenzer Straße 12)
Vorlage: IX/0680**

Protokoll:

Es sei eine Informationsveranstaltung für die Bürgerschaft vorgesehen, teilt der Bürgermeister mit. Diese solle vor Inbetriebnahme der Einrichtung erfolgen. Der Termin werde am 16. März 2016 um 18:00 Uhr im Bürgerhaus Baumberg stattfinden.

Beschlussempfehlung

Im Wege einer dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW wird zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Neubaumaßnahme „Container Bregenzer Straße 12“ zur Unterbringung von Flüchtlingen der Leistung der dafür notwendigen überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nach § 83 Absatz 2 GO NRW in Verbindung mit § 7 der Haushaltssatzung in Höhe von 150.000 € beim Produkt 05.03.00 zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus zusätzlichen Erträgen und Einzahlungen aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz (ELAG).

einstimmig zugestimmt

**9 Durchführung von Einstiegskursen für Asylbewerber ohne Aufenthaltsgestattung bzw. Aufenthaltstitel in der VHS Monheim am Rhein
Vorlage: IX/0635**

Beschlussempfehlung

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Durchführung von Einstiegskursen von bis zu jeweils 300 Unterrichtsstunden für bis zu 200 zugewanderte erwachsene Asylsuchende gemäß den in der Begründung dargestellten Zielgruppenkriterien

2. Zur Durchführung der in Beschlussempfehlung unter 1. genannten Einstiegskurse stimmt der Rat der Stadt Monheim am Rhein der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 214.500 € bei Produkt 04.04.00 zu.
3. Zur Umsetzung der in Beschlussempfehlung 1 genannten Maßnahme wird eine zusätzliche Personalstelle mit 10 Wochenstunden EG 10 befristet bis zum 31.12.2016 eingerichtet.

einstimmig zugestimmt

**10 Peter-Ustinov-Gesamtschule; hier: Außensportanlage. Bereitstellung überplanmäßiger Mittel zum Bau erforderlicher PKW-Stellplätze
Vorlage: IX/0648**

Protokoll:

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert sein Bedauern darüber, dass zur Verlegung der Stellplätze Bäume gefällt werden müssten. Es sei nachvollziehbar, dass die alternative Errichtung einer Tiefgarage aufgrund des Aufwands keine Zustimmung gefunden hätte. Daher stimme seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Beschlussempfehlung

Für den Bau von 55 zusätzlichen Stellplätzen an der Peter-Ustinov-Gesamtschule stimmt der Rat der Stadt Monheim am Rhein der Bereitstellung von überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 160.000 Euro im Haushaltsjahr 2016 zu.

einstimmig zugestimmt

**11 Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2016/2017 und Ausbauplanung
Vorlage: IX/0666**

Beschlussempfehlung

1. Kita-Bedarfsplanung 2016/2017

Der von der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) erhobene Bedarf bezüglich des Angebotes der Tageseinrichtungen für Kinder in Monheim am Rhein wird wie folgt festgesetzt:

Alter pen	Formen	Plätze	Grup- pen
2 – 6 Jahre	Ia (25 Std.)	4	0,20
	Ib (35 Std.)	172	8,60
	Ic (45 Std.)	356	17,80
0 – 3 Jahre	IIa (25 Std.)	6	0,60
	IIb (35 Std.)	32	3,20
	IIc (45 Std.)	117	11,70
3 Jahre bis zur Einschulung	IIIa (25 Std.)	41	1,64
	IIIb (35 Std.)	257	10,28
	IIIc (45 Std.)	491	24,55

2. Übergangsgruppen

In der Evangelischen Integrativen Kindertagesstätte Lerchenweg und der städtischen Kindertagesstätte Schwalbennest werden zusätzliche Übergangsgruppen eingerichtet. Die Übergangsgruppe in der städtischen Kindertagesstätte Max & Moritz wird im Kita-Jahr 2016/2017 zunächst weitergeführt.

Der zusätzliche Personalbedarf von 2,5 Stellen für die KiTa Schwalbennest wird zur Verfügung gestellt. Die Stellen werden nach Entgeltgruppe S 8a TVöD (bisher S 6) ausgewiesen und der Stellenplan 2016 wird entsprechend angepasst.

Der Trägeranteil für die Übergangsgruppe der evangelischen Kirchengemeinde wird durch die Stadt Monheim am Rhein übernommen.

3. Vorlaufgruppen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien

Für Kinder aus Flüchtlingsfamilien werden im Rahmen des LVR-Förderprogrammes „Kinderbetreuung in besonderen Fällen“ zwei zusätzliche Vorlaufgruppen eingerichtet und durch den SKFM Monheim umgesetzt.

4. Übernahme Trägeranteile

Die Stadt Monheim am Rhein übernimmt nach Eröffnung der neuen Kindertagesstätte im Kirchgässchen ein Fünftel des Trägeranteils für die katholische Kindertagesstätte St. Dionysius zur Finanzierung einer neunten Gruppe.

5. Ausbauplanung

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf Basis der ermittelten Bedarfe für 4 zusätzliche Einrichtungen mit insgesamt 17 Gruppen in den Ortsteilen Monheim und Baumberg geeignete Standorte zu suchen und diese mit einer Vorentwurfsplanung den Ratsgremien im nächsten Sitzungslauf zur Beschlussfassung vorzulegen.

6. Frühe Förderung im Berliner Viertel

Im Rahmen der Konzeption „Entwicklungs- und Bildungsförderung von Kindern im Berliner Viertel Monheim am Rhein/Frühe Förderung“ wird die neue Kindertagesstätte an der Kurt-Schumacher-Straße mit einer zusätzlichen Fachkraft ausgestattet.

7. Zusätzliche Sprachförderkontingente in den folgenden Kita-Jahren bis 2018/19

Die Verwaltung wird beauftragt, die bereits anerkannten 10 Sprachbildungseinrichtungen mit insgesamt 16 Kontingenten in den folgenden Kita-Jahren bis einschließlich Kita-Jahr 2018/19 zu fördern.

einstimmig zugestimmt (enthalten: 3 CDU)

12

Trägerschaft Kita an der Kurt-Schumacher-Straße Vorlage: IX/0658

Beschlussempfehlung

1. Der evangelischen Kirchengemeinde Monheim wird die Trägerschaft der neu zu errichtenden Kindertagesstätte an der Kurt-Schumacher-Straße übertragen. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landschaftsverband Rheinland/Landesjugendamt.

2. Die Stadt Monheim am Rhein übernimmt den gesetzlichen Trägeranteil der ev. Kirchengemeinde (derzeit in Höhe von 12%) bezogen auf die vorgesehenen 5 Kita-Gruppen ab Inbetriebnahme und für die Dauer der Laufzeit der Trägerschaft.
3. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt die für Trägerschaft und Betrieb der Einrichtung sowie Nutzung des städtischen Gebäudes (einschließlich Inventar) notwendigen Verträge mit der evangelischen Kirchengemeinde Monheim abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

**13 **Neubau einer Lichtsignalanlage am Knotenpunkt Berghausener Str. / Wiener Neustädter Str. - Baubeschluss -
Vorlage: IX/0622****

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vorgelegten Planung den Neubau der Lichtsignalanlage am Knotenpunkt Berghausener Str. / Wiener Neustädter Str. / Baumberger Str. baulich umzusetzen und die hierfür erforderlichen vertraglichen Regelungen in Bezug auf Ausführung und Finanzierung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW zu vereinbaren.

einstimmig zugestimmt

**14 **Umgestaltung des Altstadtplatzes "Alter Markt" - Baubeschluss -
Vorlage: IX/0659****

Protokoll:

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Erweiterung des Beschlussvorschlags um folgenden Teil: „Im Bereich des Biergartens Turmstraße 28 werden drei heimische Bäume in einem Abstand voneinander gepflanzt, der dauerhaft natürlichen Wuchs der Bäume ermöglicht. Die Bäume werden nicht als Spalierbäume oder Hecke beschnitten“.

Dass die Baumkronen ineinander wachsen und in Form einer Hochstammhecke beschnitten würden, sei auch seitens ihrer Fraktion nicht erwünscht, erklärt die Sprecherin der PETO-Fraktion. Trotzdem lehne sie den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab, da nicht irgendwelche heimischen Bäume gepflanzt werden sollen, sondern Linden. Diese Baumart sei das verbindende Element zwischen Altstadt und dem Rheinbogen. Dass die drei Bäume ihren Solitärcharakter behalten, sei auch seitens der PETO-Fraktion gewünscht.

Der Bürgermeister ergänzt die Ausführungen und erklärt, dass der ursprünglich geplante Abstand zwischen den Bäumen 6,50 Meter betragen würde. Dieser Abstand könne auf 8,50 Meter erhöht werden. So sei sichergestellt, dass die Kronen der Bäume nicht miteinander verwachsen.

Möglicherweise könne eine Lindenart gewählt werden, wie z. B. eine Halbstamm-

linde, die nicht beschnitten werden müsse und trotzdem nicht die Gefahr bestünde, dass die Baumkronen zusammenwachsen, schlägt der Sprecher der CDU-Fraktion vor. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei unproblematisch, da auch die Linde ein einheimischer Baum sei.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass sein Antrag dahingehend geändert werden könne, dass „einheimische Bäume“ durch „Linden“ ersetzt würde. Ein Beschneiden bei Notwendigkeit sei zu akzeptieren, aber wichtig sei, dass die Bäume zunächst frei wachsen könnten und den Solitärcharakter behielten.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion fasst zusammen, dass ihrer Auffassung nach alle Fraktionen das gleiche Ziel verfolgen würden. Es sollten heimische Bäume gepflanzt werden, wie z. B. Linden. Gleichzeitig solle deren Solitärcharakter erhalten bleiben. Daher schlage sie vor, dass der Pflanzabstand auf 8,50 Meter erhöht werde und ein Beschneiden dann erfolge, wenn es erforderlich sei.

Der Bürgermeister schlägt vor, den Beschlussvorschlag um folgenden Satz zu ergänzen:

Die drei in Höhe des Biergartens zur Altstadt geplanten Lindenbäume werden in einem Abstand von 8,50 Metern statt der ursprünglich geplanten 6,50 Metern gepflanzt.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt sich mit dieser Variante einverstanden und zieht seinen ursprünglichen Antrag zurück.

Der Bürgermeister stellt den ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorgelegten Planung die Umsetzung der Baumaßnahme „Umgestaltung Alter Markt“ zu realisieren.

Die drei in Höhe des Biergartens zur Altstadt geplanten Lindenbäume werden in einem Abstand von 8,50 Metern statt der ursprünglich geplanten 6,50 Metern gepflanzt.

einstimmig zugestimmt

15 Schulzentrum Berliner Ring - Maßnahmen aus der Schulentwicklungsplanung - Planungsbeschluss - Vorlage: IX/0646/1

Protokoll:

Der Bürgermeister weist auf die zur Verfügung gestellte aktualisierte Vorlage hin, die aufgrund der Beratungen im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Schule und Sport um Ziffer 5 des Beschlussvorschlages ergänzt wurde. Weiterhin führt der Bürgermeister aus, dass die detaillierte Planung bis zum nächsten Sitzungslauf noch mit den betroffenen Schulleitungen abgestimmt werden solle, über die dann erneut zu beraten sei.

Der Sprecher der CDU-Fraktion äußert seine Verwunderung darüber, dass zunächst über die vorliegende Vorlage abgestimmt werden solle, obwohl die finan-

ziellen Mittel noch nicht zur Verfügung stünden und über den entsprechenden Nachtragshaushalt zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden solle. Hier wäre es zunächst notwendig gewesen, die Mittel zur Verfügung zu stellen, um anschließend darüber abzustimmen, wie diese verwendet werden sollten.

Der vorliegende Beschluss enthalte lediglich die Planung der Maßnahme, erwidert der Bürgermeister. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe 1 Mio. € seien im Haushalt bereits veranschlagt. Nicht veranschlagt seien die Baukosten, die mit dem Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt werden sollen. Frühestens in der gleichen Sitzung, in der der Nachtragshaushalt zur Beschlussfassung vorgelegt würde, könne auch der Baubeschluss beraten werden. Dieses Vorgehen beschleunige das Verfahren im Sinne der Schulen.

Inhaltlich werde die Maßnahme seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt, so deren Sprecher. Jedoch bestehen Bedenken hinsichtlich der Versiegelung von Flächen für die Errichtung der Stellplätze. Daher beantrage er, eine Tiefgarage in die Planungen einzubeziehen.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion merkt an, dass dieser Antrag bereits im Ausschuss für Schule und Sport und im Jugendhilfeausschuss beraten und mehrheitlich abgelehnt worden sei. Die Baukosten würden dadurch nicht unerheblich steigen. Weiterhin sei zu bedenken, dass die ökologische Verbesserung durch eventuelle Grundwasserberührungen zweifelhaft sei.

Die Verwaltung erklärt, dass eine Tiefgarage, die 55-60 Parkplätze umfassen würde Baukosten in Höhe von ca. 1,2 Mio. € mit sich bringen werde. Für eine Tiefgarage dieser Größenordnung seien viele Kubikmeter Beton nötig. Dagegen stünde die Versiegelung einer Wiese. Bei einer Energie- und Ökobilanz würde die Tiefgarage nicht zwingend die besseren Werte erzielen.

Der Bürgermeister stellt den folgenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung:

„In die Planung wird die Unterbringung der entfallenden Stellplätze in einer Tiefgarage einbezogen“.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 1 Bündnis 90/Die Grünen)

Beschlussempfehlung

1. Am Standort des Schulzentrums Berliner Ring soll ein Neubau zur Sicherstellung der räumlichen Versorgung auf Grundlage der Schulentwicklungsplanung entstehen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für die erforderlichen Baumaßnahmen bis zur Ausschreibungsreife zu erstellen und anschließend den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Finanzierung der Planungsleistungen erfolgt zunächst aus den im Teilfinanzplan B zum Haushalt 2016 unter Investition I7102.085 für die Einschaltung der Planungsbeteiligten bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 1,0 Mio. €.
4. Der Kostenrahmen für das Gesamtprojekt liegt bei 14,0 Mio. € abzgl. der bereits etatisierten Haushaltsmittel in Höhe von 1,0 Mio. €, so dass die verbleibenden Haushaltsmittel in Höhe von 13,0 Mio. € im Rahmen eines Nachtragshaushalts noch bereit zu stellen sind.

5. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit am Schulstandort Berliner Ring der zu planende Neubaukörper vergrößert werden kann um über die geplante Vierzügigkeit der Sekundarschule hinaus Raumressourcen für einen weiteren Zug oder einzelne Übergangsklassen zu schaffen und darzustellen, welche Kosten und Terminauswirkungen entstehen.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 1 Bündnis 90/Die Grünen)

**16 Räumliche Unterbringung des Städtischen Betriebshofes
- Baubeschluss -
Vorlage: IX/0637**

Beschlussempfehlung

1. Die Neuherrichtung des Städtischen Betriebshofes ist entsprechend der beigefügten Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt über die im Teilfinanzplan B unter der Investitionsnummer I 7102.070 bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 4.700.000 Euro für die KG 200-500/700 nach DIN 276 (ohne Einrichtung, Möbel und betriebshofspezifische technische Ausstattungen).

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU)

**17 Ausbau des Städtischen Bürgerservice - "Rathaus kompakt"
- Baubeschluss -
Vorlage: IX/0644**

Beschlussempfehlung

1. Die zur Optimierung des Bürgerservice und Umsetzung des Projektes „Rathaus kompakt“ erforderlichen Baumaßnahmen im Rathaus sind entsprechend der beigefügten Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt über die im Teilfinanzplan B unter der Investitionsnummer I 7102.074 bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 1.550.000,- Euro für die KG 200-500/700 nach DIN 276 (ohne Einrichtung und Möbel).

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU, 1 SPD)

Protokoll:

Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung für eine zweite Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner. Eine Wortmeldung erfolgt nicht.

18 Mündliche Mitteilungen

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

19 Mündliche Anfragen

Protokoll:

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Sitzung wird für die Zeit von 18:00 Uhr bis 18:17 Uhr unterbrochen.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Anke Bitsch
Schriftführerin